GSP.L-01-060-2

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu GSP.L-01

Von Zeile 60 bis 62:
~~(62) Um die Klimakrise zu bewältigen, ist es weder notwendig noch vertretbar, zur Atomkraft zurückzukehren. Diese Hochrisikotechnologie birgt eine existenzielle Bedrohung für Natur, Mensch und Tier.~~

(62) Die Atomkraft löst die Klimakrise nicht. Ihre sog. "zivile Nutzung" ist vielmehr eine massive, dauerhafte Bedrohung mit unbeherrschbaren Kernschmelzen wie in Tschernobyl und Fukushima. Uranabbau vergiftet Gewässer und Böden. Die ungelöste Endlagerfrage wie die vielen Sanierungsfälle bisheriger Nutzung belastet schon heute in vielen Regionen dauerhaft die Umwelt, vergiftet Wasser und Böden sowie die Atmosphäre. Die Kosten in Milliardenhöhe trägt weitgehend die Allgemeinheit oder die Probleme bleiben ungelöst liegen, als Dauergefahr für Tausende kommende Generationen.

Jeder Zugang zu hochangereichertem Uran und zu Plutonium macht Bombenbau möglich - für Terroristen und für Staaten, die Atommächte werden wollen. Mit jeder zusätzlichen Atombombe und vor allem mit jeder zusätzlichen Atommacht wächst die Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs. Daher setzen wir uns weiterhin mit aller Kraft für den weltweiten möglichst schnellen Ausstieg aus diesem völlig falschen Weg der Energieerzeugung ein. In Deutschland fordern wir die umgehende Stilllegung aller Anlagen, die einer Nutzung der Atomkraft dienen - egal wohin diese liefern. Der EURATOM-Vertrag muss so geändert, dass die Privilegierung der Atomkraft in Europa beendet wird und statt dessen Erneuerbare Energien massiv gefördert werden.

Begründung

Der bisherige Absatz ist für ein neues Grundsatzprogramm der Grünen viel zu kurz gesprungen. Hier wird versucht, eine der 5 Wurzeln der Grünen Bewegung auf einen einzigen Satz im Grundsatzprogramm zu verkürzen und somit abzuhaken. Das ist vor allem aber auch falsch, weil die Diskussion um Laufzeitverlängerung oder neue AKWs gerade wieder hochgekocht wird, auch in Deutschland. Die ständige Gefahr der Proliferation (Weitergabe von waffenfähigem Material oder den Techniken, dieses zu erzeugen) wird völlig ausgebelndet. Dabei ist sie größer als sie je war. Dem sollten wir mit den Hinweisen auf unsere politsichen Zielen in diesem Feld zumindest "erkennbar" gegensteuern. Vor allem muss auch die Änderung oder Abschaffung von "Euratom" als grünes Ziel thematisiert werden.

weitere Antragsteller*innen

Ralph Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Wera Eiselt (KV Frankfurt); Andreas Müller (KV Essen); Philipp

Schmagold (KV Kiel); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Ulrich Bock (KV Ahrweiler); Rudi Seibt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Hartwig Johannsen (KV Trier); Carsten Jansing (KV Rhein-Lahn); Uller Koenig (KV Vulkaneifel); Reinhard Bayer (KV Gießen); Gerd Kauschat (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 6 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.